

Handelsblatt.com

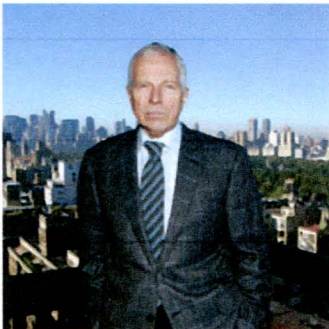
24.03.2009

Vor dem G20-Gipfel

Topökonomien fordern eine neue Finanzwelt

von Matthias Eberle

Führende Ökonomen haben die Regierungen der großen Industrienationen vor dem anstehenden G20-Gipfel zu einem fundamentalen Umbau des Bankensystems aufgerufen. Mit den bisherigen Maßnahmen stoße das Krisenmanagement nicht bis zum Kern des Problems vor, mahnen sie. Ihre Lösung sieht eine Rückkehr zur Strategie des „Narrow Banking“, dem begrenzten Banking, vor.



Nobelpreisträger Phelps: "Eine exzessive Regulierung von Hedge-Fonds muss verhindert werden." Quelle: ap

NEW YORK. Die Geschäfte der Banken müssten künftig auf ihre Kernaufgaben beschränkt und das Einlagengeschäft vom riskanten Finanzgeschäft getrennt werden, schreibt Nobelpreisträger Edmund Phelps in einem Brief an Großbritanniens Premierminister Gordon Brown, der dem Handelsblatt vorliegt: „Zu den Maßnahmen (...) gehört notwendigerweise, dass die Investment-Banking-Aktivitäten von Geschäftsbanken entweder abgetrennt oder geschlossen werden“, so Phelps.

Seine Vorschläge haben eine ähnliche Stoßrichtung wie der sogenannte Glass-Steagall-Act, der 1933 als Folge der Großen Depression von Präsident Franklin D. Roosevelt in den USA erlassen wurde. Nach mehreren Modifizierungen wurde das Gesetz 1999 unter Präsident Bill Clinton schließlich wieder komplett aufgehoben. Ursprünglich ging es darum, durch eine

Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken zu verhindern, dass die Einlagen privater Kunden zu leichtsinnig aufs Spiel gesetzt werden.

Der Professor der New Yorker Columbia University schreibt im Auftrag der Organisation „Center on Capitalism and Society“, in der hochdekorierte Ökonomen ihre Vorschläge zur Rettung des Finanzsystems einbringen. Auch Nobelpreisträger Joseph Stiglitz sowie die renommierten Professoren Robert Shiller (Yale) und Jeffrey Sachs (Harvard) gehören zu den Mitgliedern dieses Think-Tanks. Mit ihrem offenen Brief geben die Starökonomien einen Anstoß für eine tiefer gehende Diskussion über die Bekämpfung der Finanzkrise. Bisher konzentrieren sich die Regierungen der führenden Industrienationen weitgehend auf milliardenschwere Rettungspakete, um ihre Großbanken am Leben zu halten, sowie auf eine schärfere Regulierung von

Investmentfirmen. Mit diesen Maßnahmen stoße das Krisenmanagement aber nicht bis zum Kern des Problems vor, mahnen die Ökonomen. Stiglitz etwa fordert Hilfen für „gute Banken“, anstatt die schlechten Banken mit immer neuen Milliardensummen zu stützen.

[Dokumentation: Der Brief von Nobelpreisträger Edmund Phelps an Großbritanniens Premierminister Gordon Brown](#)

Die US-Regierung hätte mit den 700 Mrd. Dollar aus dem Banken-Rettungspaket ein Kreditinstitut mit Vermögenswerten von bis zu sieben Billionen Dollar ausstatten können, heißt es in dem Brief. Auch die Regulierung von Hedge-Fonds sei nicht des Rätsels Lösung. Eine „exzessive Regulierung“ von Hedge-Fonds, Private-Equity-Fonds oder anderen Risikokapitalgebern müsse sogar verhindert werden, schreibt Phelps. Notwendig sei vielmehr, dass innovative und riskante Geschäftsideen angemessen finanziert würden, damit die Wirtschaft wieder an Dynamik gewinnen könne: „Ohne sie wird die globale Wirtschaft leiden.“

Die größten Probleme im Zuge der Finanzkrise bereiteten nicht Hedge-Fonds, sondern mache vielmehr der hochregulierte Teil der Geschäftsbanken, betont auch der Kölner Unternehmer Peter Jungen, der als Chairman im Beratergremium des Center on Capitalism and Society sitzt: „In den vergangenen Monaten sind nicht weniger als 1 500 Hedge-Fonds geschlossen worden. Hier reguliert sich ein Bereich, der mit Eigenkapital arbeitet, selbst.“ Viele Großbanken indes hätten mit den Einlagen ihrer Kunden wie ein Hedge-Fonds agiert, allerdings „ohne sich abzusichern“. Der Brief des Think-Tanks an die Regierungen im Vorfeld des G20-Gipfels sei als Gedankenanstoß gedacht, sich stärker als bisher mit diesem Strukturproblem zu beschäftigen, sagt Jungen.

Die Rückkehr zur Strategie des „Narrow Banking“ (Begrenztes Banking) spielt in den Vorschlägen der Ökonomen eine zentrale Rolle. Würden die Maßnahmen konsequent umgesetzt, dürften etwa Citigroup oder die Deutsche Bank künftig kein Investment-Banking mehr unter ihrem Konzerndach betreiben. Zumindest müsste das Einlagengeschäft vom riskanten Finanzgeschäft mittels einer sogenannten Firewall organisatorisch getrennt werden. Es sei Konsens unter den Ökonomen, dass „die große, diversifizierte Konglomeratsstruktur der Finanzbranche“ die spekulativen Exzesse der vergangenen Jahre produziert habe, betont Phelps. Allerdings haben sich 2008 im Zuge der Finanzkrise Goldman Sachs und Morgan Stanley, die beiden letzten großen Investmentbanken der USA, gerade erst offiziell in Geschäftsbanken umgewandelt, weil das reine Investment-Banking als nicht mehr tragfähiges Geschäftsmodell galt; praktisch besehen hält Goldman Sachs allerdings daran fest.

Auch der Wechsel von persönlichen zu technischen Beziehungen sowie kreative Buchführungsideen hätten zur Krise beigetragen, schreibt Phelps. Eine Rückkehr zu einem begrenzten Bankgeschäft würde wieder persönliche Beziehungen zwischen Bankern und ihren Kunden fördern und auf diese Weise auch das Risikomanagement erleichtern.

In der Bankenbranche selbst nehmen die Befürworter eines Trennbankensystems

ebenfalls zu. Es sei danach leichter, zu erkennen, wo die Risiken lägen, und sie zu kontrollieren, argumentieren Banker. Außerdem werde auf diese Art eine Quersubventionierung verhindert. Es gilt in der Branche als offenes Geheimnis, dass Kredite in den Hochzeiten des Investment-Bankings um 2006 billig an Unternehmen vergeben wurden, um dadurch leichter lukrative Mandate im Investment-Banking für sich zu gewinnen.

Link zum Artikel: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/topoekonomen-fordern-eine-neue-finanzwelt;2212347>
